

Stand: 28.07.2026 09:57:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2593

"Klimaschutz "Dahoam" statt großer Reden: Bayerische Hausaufgaben bei Energiewende und Verkehrswende erledigen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2593 vom 25.06.2019
2. Beschluss des Plenums 18/2684 vom 26.06.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 22 vom 26.06.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Annette Karl, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmар Halbleib, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Klimaschutz „Dahoam“ statt großer Reden: Bayerische Hausaufgaben bei Energiewende und Verkehrswende erledigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aus Klimaschutz-Gründen die Energie- sowie die Verkehrswende in Bayern voranzubringen und dem Landtag umgehend ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen.

Das Konzept zur Energiewende muss folgende Kernpunkte enthalten:

1. eine schnelle Abschaltung der letzten vier (nach 2021) laufenden Kohlekraftwerke in Bayern;
2. eine sofortige Abschaffung des Windkraftstopps 10-H-Regelung;
3. eine leistungsmäßige Ausweitung der Photovoltaikflächen in Bayern im Rahmen der Länderöffnungsklausel des EEG;
4. eine Unterstützung der raschen Umsetzung des beschlossenen Ausbaus der Übertragungsnetze in Bayern mit geringstmöglichen Beeinträchtigungen für die Bürger und einer bestandskräftigen Entschädigungspraxis der Grundstückseigentümer und -nutzer;
5. eine rasche Etablierung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz zur praktischen Umsetzung von Konzepten, z. B. zum Energiesparen bei Strom und Wärme, sowie der Kontrolle des Einhalts von Energie- und Klimazielen;
6. eine Förderung von und Gründung von Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten;
7. eine Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten;
8. nach Monitoring aller Förder- und Forschungsprogramme aus dem Bereich Energie, Förderrichtlinien zeitgemäß anpassen und Antragsverfahren entbürokratisieren;
9. ein Programm zur Steigerung der Kapazitäten an Kraft-Wärme-Kopplung in Kommunen, Gewerbe und Industrie zur Verbesserung der Energie-Effizienz bei Strom und Wärme und
10. die Schaffung eines realistischen Markt Designs seitens des Bundes weg vom Energy-only-Markt zu einem fokussierten Kapazitätsmarkt, sodass sich der Betrieb von Gaskraftwerken in Bayern lohnen würde.

Das Konzept zur Verkehrswende muss folgende Kernpunkte enthalten:

1. eine Änderung des Bayerischen ÖPNV-Gesetzes, um die Planung, Organisation und Sicherstellung des allgemeinen Öffentlichen Personennahverkehrs im Bayerischen ÖPNV-Gesetz als Pflichtaufgabe der Landkreise und kreisfreien Gemeinden festzulegen;
2. eine deutliche Stärkung und Ausweitung der Verkehrsverbünde;

3. eine deutliche Erhöhung der Finanzmittel für den ÖPNV (unter anderem für mehr Ersatzinvestitionen und neue Fahrzeuge);
4. ein Bekenntnis, den ÖPNV auch im ländlichen Raum zu einer wirklichen, attraktiven Alternative zum motorisierten Individualverkehr machen zu wollen und entsprechende Investitionen in Taktung und Abdeckung des ÖPNV;
5. Einsatz für eine komplette Überarbeitung des standardisierten Bewertungsverfahrens auf Bundesebene, das im Moment den Ausbau des ÖPNV behindert;
6. die effiziente und zielgerichtete Verwendung der Finanzmittel;
7. eine deutlich verstärkte Förderung der E-Mobilität und anderer schadstoffneutraler Antriebstechniken;
8. eine massive Förderung des Ausbaus der Radwege und der Radinfrastruktur in den Städten und in den ländlichen Regionen und
9. eine Erhöhung der Attraktivität von Alternativen zu Kurzstreckenzubringerflügen und Kurzstreckenflügen.

Begründung:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder fordert aus Klimaschutzgründen einen schnelleren Kohleausstieg. Bemerkenswert ist, dass er noch Anfang des Jahres skeptisch war, ob Deutschland gleichzeitig aus Atomkraft und Kohle aussteigen könnte. Allerdings versagt das von CSU und FREIEN WÄHLERN regierte Bayern selbst beim Klimaschutz: Seit 2006 gab es keine Verringerung der Treibhausgas-Emissionen in Bayern. Zuletzt ist der CO₂-Ausstoß sogar gestiegen. Wichtiger als wohlfeile Forderungen ist deshalb konkreter Klimaschutz „Dahoam“.

Populismus und große Worte bringen auch keine neuen gesellschaftlichen Kompromisse. Diese müssen vielmehr seriös und verbindlich mit allen Beteiligten verhandelt werden. Das ist das Gegenteil von Söderscher Politik.

Der Kompromiss der Kohlekommission ermöglicht bereits jetzt einen vorgezogenen Ausstieg, wenn die Voraussetzungen geschaffen sind und ein früherer Kohleausstieg ist aus Klimaschutz-Sicht auch richtig. Effekthaschende Medienäußerungen des derzeitigen Ministerpräsidenten bringen uns diesem Ziel keinen Schritt näher. Die Staatsregierung, vor allem der Ministerpräsident und die Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz sowie für Wohnen, Bau und Verkehr, sollte jedoch zuerst ihre eigenen Hausaufgaben in Bayern erledigen, bevor sie anderen wohlfeile Ratschläge erteilt.

Dazu gehört neuer Schwung für die Energiewende in Bayern durch die Aufhebung der unseligen Windkraftstopp-Regelung und der beschleunigte Ausbau von Wind- und Sonnenenergie. Auch beim Verkehrssektor sind mutige Schritte überfällig. Dazu gehört ein zügiger und kraftvoller Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Land, sowie die Förderung emissionsfreier Mobilität beim Personen- und Güterverkehr.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Annette Karl, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/2593

Klimaschutz „Dahoam“ statt großer Reden: Bayerische Hausaufgaben bei Energiewende und Verkehrswende erledigen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Alexander König

Abg. Martin Hagen

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Franz Bergmüller

Staatsminister Hubert Aiwanger

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Klimaschutz "Dahoam" statt großer Reden: Bayerische Hausaufgaben bei Energiewende und Verkehrswende erledigen! (Drs. 18/2593)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kohleausstieg beschleunigen - erneuerbare Stromerzeugung in Bayern aufbauen (Drs. 18/2596)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Nein zu Ökopopulismus und links-grünen Experimenten in Bayern - Energieversorgungssicherheit garantieren, Atom- und Kohleausstieg stoppen (Drs. 18/2617)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Wochenende hat uns der Ministerpräsident mit seinen neuen PR-Ideen zur Klimakrise beglückt. Er will nun schon früher aus der Kohleenergie aussteigen, als im mühsam ausgehandelten Kohlekompromiss vorgesehen, obwohl er selbst im Januar dieses Jahres öffentlich angezweifelt hat, ob man gleichzeitig aus der Kohle- und Atomenergie aussteigen könne. Ich glaube, das kommt außerhalb Bayerns wirklich gut an, wenn man selbst keine Braunkohle hat, keine Arbeitsplätze,

die daran hängen und damit keine Probleme. Die zwei CSU-Politiker Gerda Hasselfeldt und Andreas Lenz waren auch in der Kohlekommission und haben diesen Kompromiss mit ausgehandelt. Der Herr Ministerpräsident stellt das Ergebnis danach in Frage, nur um Schlagzeilen zu produzieren.

Damit aber nicht genug. Der Ministerpräsident hat doch zusammen mit Herrn Seehofer und der Staatsregierung – das muss man an der Stelle unterstreichen – den Ausbau der Windkraft durch die unsinnige 10-H-Regelung abgewürgt. Dazu kommt auch noch, dass es die Staatsregierung seit 2005 nicht geschafft hat, den Ausstoß an Treibhausgasen in Bayern zu senken. Zuletzt ist er sogar gestiegen. In dieser Zeit – ich betone das ausdrücklich – war Markus Söder drei Jahre lang Umweltminister, nämlich von 2008 bis 2011. Jetzt ist er der verantwortliche Ministerpräsident.

Schon ganz gespannt warten wir auf die neuesten Klimazahlen und die neueste Klimabilanz für 2017, die die Staatsregierung noch immer nicht veröffentlicht hat. Ich glaube, das wird ein Offenbarungseid für Ihre Klimaschutzpolitik. Vor diesem Hintergrund ist es besonders peinlich, wenn der Ministerpräsident den anderen sagt, wie sie es besser machen sollen. Trotzdem sage ich ausdrücklich: Natürlich wäre es gut und wichtig, früher aus der Kohlenutzung auszusteigen. Dafür muss man aber – das ist wichtig – mit seriöser Politik die Voraussetzungen schaffen. Sprüche zu klopfen reicht allein nicht aus.

Am besten fängt man damit "dahoam" in Bayern an. Heben Sie doch als Erstes diesen unsinnigen Windkraftstopp in Bayern auf. Selbstverständlich brauchen wir in Bayern gerade auf Freiflächen mehr Photovoltaik. Dafür können wir noch wesentlich mehr tun. Wir können uns bei der Bundesregierung für die Aufhebung des Photovoltaik- und Winddeckels einsetzen. Gerade die Photovoltaik ist in der Energieausbeute auf der Fläche um ein Vielfaches effizienter und umweltverträglicher als der Maisanbau für die Gewinnung von Biogas.

Meine Empfehlung an den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung lautet: Bringen Sie endlich die Energiewende in Bayern richtig zum Laufen. Wenn Sie nicht wissen, wie Sie das tun sollen, erklärt Ihnen das der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dieter Reiter am Beispiel Münchens sicher gerne. Die Stadtwerke München werden bis 2025 alle Kunden, auch die Wirtschaft, komplett mit Strom aus regenerativer Energie versorgen. Bisher werden schon alle Privathaushalte und die gesamte MVG damit versorgt. Bis 2040 wird auch die komplette Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt sein. Bereits im nächsten Jahr, 2020, geht im Münchner Süden, direkt vor meiner Haustür, die neue Geothermieranlage ans Netz, die dann mehr als 80.000 Münchnerinnen und Münchner mit Fernwärme versorgt. Das ist der Unterschied zwischen Machen in München auf der einen Seite und Reden des Herrn Ministerpräsidenten auf der anderen Seite.

Wenn Sie im Klimaschutz wirklich vorankommen wollen, müssen Sie auch die zweite große Baustelle anpacken. Wir brauchen eine klimafreundliche Verkehrswende in Bayern. Auch dazu haben wir bisher nur Versprechungen gehört. Wir warten immer noch auf die Umsetzung. Sie sind am Drücker, meine Damen und Herren von der CSU, hier in Bayern und in Berlin mit Ihrem CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer. Nachdem Sie das Unsinnprojekt Maut in den Sand gesetzt haben, können Sie doch jetzt gemeinsam den öffentlichen Verkehr in Bayern voranbringen. Sie können die Finanzierung verbessern und die Verkehrsverbünde gerade auch auf dem Land besser ausbauen und fördern. Sie können das ÖPNV-Gesetz so reformieren, wie es gestern in der Expertenanhörung des Bayerischen Landtags empfohlen wurde. Zum Beispiel können Sie auch gute Alternativen zu Kurzstreckenflügen entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in Deutschland etwas weltweit Einzigartiges vorgenommen. Wir wollen gleichzeitig aus der Atomkraft und der Kohlenutzung aussteigen. Dafür haben wir einen gesellschaftlichen Kompromiss ausgehandelt, an dem auch – das erwähne ich nebenbei – zwei ehemalige grüne Spitzenpolitiker, nämlich Gunda Röstel und Reiner Priggen, beteiligt waren. Wir können der Welt zeigen,

dass es nicht nur möglich ist, gleichzeitig aus Atomkraft und Kohlenutzung auszusteigen, sondern dass Klimaschutz, nachhaltiger Fortschritt und Wohlstandsmehrung auch Hand in Hand gehen können. Das sollten wir seriös und entschlossen verfolgen. Dafür müssen wir auch in Bayern nicht nur reden, sondern handeln; denn die Zeit für den Klimaschutz drängt.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss: Den Antrag der AfD werden wir selbstverständlich ablehnen. Diese unseriöse Art, den Klimawandel zu leugnen, unterstützen wir natürlich nicht. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir zustimmen, auch wenn wir Ihre Begeisterung über die populistischen Forderungen des Ministerpräsidenten nicht teilen und wenn man auch darüber diskutieren kann, ob man in diesem Jahr ein Viertel der Kapazitäten der Kohlekraftwerke vom Markt nehmen kann. Ich erinnere daran, dass Ihre Vereinbarungen bei den Verhandlungen über Jamaika nicht so weit gegangen sind wie der Kohlekompromiss. Trotzdem werden wir Ihrem Antrag zustimmen, weil wir aus Klimaschutzgründen möglichst schnell aus der Kohlenutzung aussteigen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bühlertal in Baden-Württemberg hält mit 38,5 Grad bisher den Juni-Temperaturrekord. Dieser Rekord wird aber heute locker eingestellt. Die Lausitz hat schon gemeldet, dass sie auf die 40-Grad-Marke zusteuern. Jetzt wird noch darüber diskutiert, ob heute der deutsche Rekord mit 40,3 Grad in Kitzingen übertroffen wird. Wir eilen also von Temperaturrekord zu Temperaturrekord.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Zwischen Wetter und Klima besteht ein Unterschied!)

Die Menschen in Bayern, in Deutschland und weltweit leiden unter den Folgen der Erdüberhitzung. Die Politik muss endlich die Weichen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele muss oberste Priorität haben. Wir begrüßen die Äußerungen von Ministerpräsident Söder, der sagt, der Kohleausstieg müsse schneller gehen und bis zum Jahr 2030 vollzogen sein. Es hilft uns aber nicht, wenn wir nur sagen, bis 2030, denn bis dahin ist es noch einige Zeit. Es ist leicht, wenn ein Politiker Termine setzt, zu denen seine politische Laufbahn wahrscheinlich schon beendet ist. Wir brauchen aber schon jetzt, hier und heute einen klaren Ausstiegspfad. Deswegen sage ich auch dem Kollegen Florian von Brunn: Wir haben ausreichend Gaskraftkapazitäten in Bayern und in Deutschland. Wir können dieses Jahr ein Viertel der Kohlekapazitäten abschalten. Wir können dadurch 30 bis 60 Millionen Tonnen CO₂ jährlich einsparen. Das können wir in diesem Jahr, 2019, erreichen, und das ist auch dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ziele von Paris sind mit dem derzeitigen Kohlekompromiss, dem Ausstieg bis 2038, nicht zu erreichen. 2030 als Endpunkt und ein entsprechender Ausstiegspfad bis dahin sind notwendig. Wir müssen heute und jetzt handeln. Deswegen fordern wir vom Ministerpräsidenten, dass er nicht nur irgendwelche wohlfeile Tipps nach Berlin schickt, sondern dass er auch klar handelt. Klar zu handeln heißt, im Bundesrat jetzt einen Antrag einzubringen, mit dem das Ganze gestärkt wird, mit dem die GroKo aufgefordert wird, auf diesen Pfad zu kommen und den Kohleausstieg bis 2030 zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bedeutet das für Bayern? – Wir steigen aus Atomkraft und aus der Kohlenutzung aus. Damit ist ganz klar, dass Sonne und Wind die beiden großen Säulen werden, die

bei Flauten noch von der Gaskraft unterstützt werden. Momentan beträgt in Bayern der Anteil an erneuerbaren Energien 45 %. Wir konnten die Abschaltung der Atomkraftwerke Grafenrheinfeld und Isar 1 mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien noch einigermaßen auffangen. Wenn jetzt die restlichen Atomkraftwerke abgeschaltet werden, ist dies nicht mehr der Fall, da der Zubau der Erneuerbaren stockt. Wir steuern also darauf zu – das ist auch das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung, und das ist keine tolle Geschichte –, dass im Jahr 2025 jede zweite Kilowattstunde an Strom in Bayern importiert werden wird, weil wir nur mehr 40 bis 50 % unseres Strombedarfs selber decken können. Das ist wirklich ein Eingeständnis des Scheiterns der Staatsregierung. Das kann es wirklich nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie deswegen auf, endlich ein Energiekonzept aufzulegen, das klar zeigt, wie die Energiewende in Bayern gelingen kann, wie wir mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien endlich vorankommen. Bei der Photovoltaik sind jetzt, zumindest bei der Freifläche, nach unserem Antrag Initiativen entstanden, aber auch bei den Dachflächen und schließlich bei der Windkraft, sind sie wichtig.

In meiner Region, im Landkreis Ansbach haben wir an vielen Standorten eine Windgeschwindigkeit von 5,8 Meter pro Sekunde. Eine moderne Windkraftanlage erzeugt da 12 Millionen Kilowattstunden – eine Anlage! Damit lässt sich eine ganze Kleinstadt versorgen, aber Sie sagen meistens, wenn wir diskutieren: Das Potenzial der Windkraft in Bayern ist nicht so groß. – Nein, das ist falsch. 10 H muss weg! Das müssen Sie endlich begreifen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Ministerpräsident hat bei der Produktion der vielen Schlagzeilen leider noch nicht verstanden: Wir können nicht aus der einen fossilen Energie – in diesem Fall der Kohle – aussteigen und dann mit vielen Geldern bzw. mit vielen Steuergeldern wieder neue Infrastrukturen für andere fossile Energien schaffen – also raus aus der Kohle

und rein in die Gaskraft. Bei einem Interview hat er gesagt: Das soll jetzt alles auf Gas umgestellt werden.

Stellen Sie sich nur einmal die Größenordnung vor: Wir haben momentan noch 20 Terawattstunden Atomstrom im bayerischen Netz. Wenn wir das eins zu eins mit Gaskraft erzeugen würden, wären das zusätzliche CO₂-Emissionen in Bayern von 10 Millionen Tonnen! Das heißt, wir haben bereits seit 2006 steigende Emissionen, die aber nochmals massiv steigen würden, wenn das Konzept verwirklicht würde, Atomstrom eins zu eins durch Gasstrom zu ersetzen. Das wäre kein Klimaschutz, und deshalb brauchen wir andere Wege. Wir brauchen die Sonne und den Wind als Säulen der Energieversorgung in Bayern und hier endlich einen konsequenten Ausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein grundlegendes Umsteuern ist nötig, so höre ich vom Ministerpräsidenten. Allein mir fehlt hier der Glaube. Sie haben aber die Gelegenheit, Herr Aiwanger und Herr Söder, dass Sie im September mit dem angekündigten neuen Energiekonzept und mit dem angekündigten Klimaschutzgesetz diesen Worten Taten folgen lassen.

Es ist ganz klar: Die Zeit läuft uns davon. Die Erdüberhitzung hat in den Galoppmodus geschaltet, und es ist an der Zeit, endlich zu reagieren. Lassen Sie Ihren Worten deswegen Taten folgen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Prof. Dr. Hahn, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Die SPD gibt an, Klimaschutz betreiben zu wollen, schädigt die Natur aber auf vielfältige Art und Weise. Die GRÜNEN wollen das toppen und den Kohleausstieg noch schneller

vornehmen. Das heißt, es gibt hier einen kleinen Wettlauf zwischen den Parteien: Wer ist denn am schnellsten damit, unsere Energieversorgung vor sehr schwierige Zeiten zu stellen?

Die Energiepolitik wird in Ihrem Antrag gegen den Umweltschutz ausgespielt. Sie haben aus der unsäglichen Energiewende nichts gelernt, mit der Sie den Biodiversitätsverlust zu verantworten haben. Nun wollen Sie diese Katastrophe für unsere Artenvielfalt auch noch intensivieren.

Ein Desaster jagt das nächste. Was ist aber, wenn auch der letzte Fleck unserer einzigartigen bayerischen Kulturlandschaft durch ineffiziente und die Biodiversität gefährdende Windparks verschandelt wird? Was ist, wenn Freiflächenphotovoltaik den Lebensraum von Tieren immer weiter einschränkt, die Landschaft versiegelt und das Mikroklima erwärmt? Das ist der Unterschied zwischen Wetter, wie heute, Herr Stümpfig, und Klima, aber das lernen Sie vielleicht noch.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, ein erster Seufzer des Lerneffektes ist da, wunderbar! – Was ist, wenn der Energiepflanzenanbau die Versorgungssicherheit unserer Bürger in Bayern gerade mit regionalen Lebensmitteln gefährdet und unsere Böden aufzehrt? Was ist, wenn die Standortsicherheit unserer Industrie durch nicht grundlastfähige Energieformen bedroht wird und Arbeitsplätze riskiert werden? Wird dann irgendwann der Punkt erreicht sein, an dem Sie eingestehen müssen, dass Sie sich mit Ihren kurzsichtigen und populistischen Forderungen unserer Umwelt und dem Wohlstand entgegenstellen und das in unserem Land aufs Spiel setzen?

Die Antwort auf diese Fragen: Nein, Bayern ist keine geeignete Umgebung für weitere Windkraftanlagen. Es gibt keine geeigneten Standorte hierfür. Sie opfern diesen Windkraftträgern nachweislich jedes Jahr zigtausend Vögel und zigtausend Fledermäuse. Denken Sie an den Rotmilan. Denken Sie an den Seeadler, der in Bayern ohnehin

nicht mehr vorkommt. Denken Sie an die 1.200 Milliarden Insekten, die in Deutschland an Ihren Windkraftanlagen jährlich scheitern.

(Beifall bei der AfD)

So etwas nennt sich dann Umwelt- und Naturschützer! Ich kann nur eines sagen: Was die GRÜNEN hier propagieren, ist genau das Gegenteil von Umwelt- und Naturschutz.

(Beifall bei der AfD)

Und: Nein, Bayern ist auch keine geeignete Umgebung für Photovoltaik. Die energetische Amortisationszeit erfordert bei der Photovoltaik nämlich sehr, sehr viele Jahre.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Acht Monate!)

Außerdem bildet sie unüberwindbare Barrieren für unsere Wildtiere, und die zur Herstellung benötigten Rohstoffe werden teils unter umwelt- und menschenunwürdigen Bedingungen gewonnen.

Und: Nein, unsere bayerischen Böden dürfen auch nicht dem maßlosen Energiepflanzenanbau geopfert werden. Ihre Energiewende, die Sie – SPD, CSU, CDU und durch die GRÜNEN propagiert – in Bayern und in Deutschland hervorgerufen haben, ist dafür verantwortlich, dass wir heutzutage landauf, landab Mais haben. Schauen Sie sich einmal diese monotonen Maisschläge an! Der Boden liegt bloß, keine Krautvegetation. Düngemittel können sehr leicht oberflächlich abgespült werden und belasten dann unsere Gewässer und unser Trinkwasser.

Und: Nein, unter Berücksichtigung von Energie- und Materialeinsatz bei der Erzeugung, dem Transport und der Weiterverarbeitung der Biomasse kann bei Weitem keine Rede von CO₂-Neutralität sein. Unsere Bürger bezahlen bereits den höchsten Strompreis – das muss man sich einmal klarmachen. Momentan können wir es uns noch leisten; vielleicht sogar die Arbeiter, die irgendwann einmal von der SPD unterstützt worden sind. Wie geht es aber weiter? – Wir tragen auch in vielen Bereichen die

höchste Steuerlast. Sie wollen den Bürgern aber eine Intensivierung dieser Energiewende zumuten. Das ist einfach nur naiv, unwissend und ideologisch.

Meine Damen und Herren, es wird immer deutlicher, dass Sie sich aktuell alle im Windschatten grüner Gesinnungspolitik – ich spreche hier auch ganz gezielt die CSU und die FREIEN WÄHLER an – erschreckend wohlfühlen. Sie springen alle auf diesen Zug auf, und das Ministerium für Umweltangelegenheiten könnte wohl nicht intensiver handeln, ganz so, als ob die GRÜNEN selber handeln würden. Alles, was von der grünen Seite kommt, wird umgesetzt. Da fällt mir nur eines ein: Profilierungswahn trifft Klimawahn. Machtpolitik trifft Dogmatismus. Das sind geradezu toxische Kombinationen, die uns alle mit großer Sorge in die Zukunft blicken lassen müssten.

Anstatt kurz innezuhalten, um sich über die Kosten und Risiken Ihrer Politik Gedanken zu machen, beten Sie Goldene Kälber in Form von Elektromobilität an. Wir sollten aber dort investieren, wo wir schon immer die Besten gewesen sind, wo wir gut sind, nämlich in Forschung und Entwicklung für echte Alternativen, für Deutschland, für Bayern und vor allen Dingen für wahren Umweltschutz.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Alexander König, CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Herausforderungen des Klimawandels sind dringlich; das ist zweifellos so. Ich kann Ihnen erzählen: Ich war jetzt in Norwegen im Urlaub. Mit der neuesten Auflage des "Rother Wanderführers" im Gepäck wollten wir zum Folgefonna-Gletscher. In der neuesten Auflage des Wanderführers steht: Wenn Sie am Ende angekommen sind, dann stehen Sie vor den Eismassen des Folgefonna-Gletschers. – Wir sind hochgegangen: Es war kein Gletscher mehr da.

Die Entwicklung auf der Welt ist schon dramatisch. Es ist auch dramatisch, wie sich die Gletscher innerhalb weniger Jahrzehnte zurückgebildet haben. Ob allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, Dringlichkeitsanträge geeignet sind, diesen großen Herausforderungen und diesem schwierigen großen Themenbereich gerecht zu werden, ist eine andere Frage. Ich bitte Sie jetzt schon dafür um Verständnis, dass ich in den fünf bis acht Minuten, die ich nun mal nur zur Verfügung habe, kaum in der Lage sein werde, auf die Vielzahl aller Punkte, die in Ihren Dringlichkeitsanträgen vorkommen, einzugehen. Das geht einfach aufgrund des zeitlichen Umfangs nicht.

(Zuruf von der SPD: Was sollen wir dann sagen?)

Gemeinsam haben die Anträge von den GRÜNEN und von der SPD, dass sie keine neuen Inhalte und auch keine neuen Ideen enthalten. Sie tragen zum x-ten Mal das vor, was Sie hier schon immer vorgetragen haben: Sie tragen vor, was Ihrer Meinung nach getan werden muss; aber Sie tragen weiterhin zu den einzelnen Punkten nicht vor, wie das im Einzelnen getan werden kann.

Allein Ihre Haltung zu dem Thema 10-H-Regelung – ich muss sie hier nicht mehr im Detail ausführen, weil ich das schon mehr als einmal getan habe – halten wir für völlig ungeeignet hinsichtlich der Möglichkeit, Ihren Anträgen zuzustimmen. Ich habe Ihnen schon mal gesagt, dass wir wirklich einen Ausgleich bei den unterschiedlichen Rechtsgütern herbeiführen müssen, dass wir auch die Menschen schützen müssen und dass auch die Menschen einen Anspruch darauf haben, in ihrem Umfeld in gewissem Umfang Räume zu haben, die frei von Windrädern sind. Wir haben die 10-H-Regelung geschaffen. Wir halten sie für zielführend. Da Sie sie seit Jahr und Tag nicht für zielführend halten, würde ich Ihnen dringend empfehlen, mal zu überlegen, welche andere Regelung dem Schutz der Menschen gerecht werden kann. Dann könnte man darüber ernsthaft diskutieren. Aber einfach nur zu sagen, die 10-H-Regelung muss ersatzlos abgeschafft werden, wird den Interessen der Menschen in unserem Land nicht gerecht, und schon aus diesem Grund sind die Anträge abzulehnen.

Wir stimmen mit den GRÜNEN in dem überein, was den früheren Kohleausstieg anbelangt. Aber wenn ich Ihre Anträge im Einzelnen lese und Sie konkrete Vorschläge äußern, dass man jetzt schon mal ein Viertel der Kohlekraftwerke stilllegen könnte usw., dann bitte ich Sie doch, zu erkennen und zu bedenken, dass natürlich in jedem Einzelfall, wenn Sie ein Kraftwerk, wenn Sie Kapazitäten stilllegen wollen, erst entsprechend erneuerbare Energien als Träger bereitgestellt werden müssen und dass ein entsprechender Ausbau vorher erfolgen muss. Für uns sind jedenfalls Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit weiterhin wesentliche Elemente der Energiepolitik. Sosehr wir dafür sind, den Kohleausstieg zu beschleunigen, und uns auch vorstellen können, dass er noch früher als 2030 erfolgen könnte, meinen wir doch, dass man heute nicht einfach sagen kann, wir legen morgen oder übermorgen dieses oder jenes Kohlekraftwerk still, ohne zu sagen, woher dann die Energieversorgung und die Versorgungssicherheit kommen müssen. Hier muss erst der Ausbau erfolgen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Was das Energieprogramm angeht, lieber Herr Kollege Stümpfig: Sie wissen, zumal Sie ja selbst in den einschlägigen Arbeitskreisen des Wirtschaftsministeriums engagiert sind, dass die Bayerische Staatsregierung, konkret das bayerische Wirtschaftsministerium, dabei ist, das Energieprogramm der Bayerischen Staatsregierung fortzuschreiben. Dazu finden zurzeit umfangreiche Beratungen statt. Dazu gibt es verschiedene Arbeitskreise, in denen Sie selbst mitwirken. Daher muss ich mich darüber wundern, dass Sie das nicht erkennen und so tun, als wenn hier nichts im Gange wäre. Ich bin sicher, der Herr Staatsminister Aiwanger wird das nochmals ausführen.

Was die Ausschreibungsvolumina von Windkraft und Photovoltaik anbetrifft, so muss man hier sicher differenzieren. Was die Windkraft angeht, können Sie nicht einfach beliebig die Ausschreibungsvolumina erhöhen, wenn es danach nicht möglich ist, in entsprechendem Umfang Windkraftträder zu errichten und zu konkreten Ergebnissen zu kommen; denn das würde im Einzelfall dazu führen, dass der Strompreis weiter steigt.

Sie können nur die Mengen ausschreiben, die auch in einem zeitnahen Zeitraum tatsächlich erreicht werden können. Alles andere würde zu einer weiteren Erhöhung des Strompreises führen, Stichwort Bezahlbarkeit. Was die Ausschreibungsvolumina der Photovoltaik angeht, so ist Ihnen vielleicht entgangen, dass die Staatsregierung hier tätig geworden ist und dass diese bereits erhöht wurden.

Zu dem zukünftigen Ausbau von Gaskraftwerken und zu deren Nutzung: Wenn ich mich recht entsinne, gibt es einen Antrag der GRÜNEN, dem wir auch zugestimmt haben, dass am 18. November – dieses Datum ist vereinbart – eine gemeinsame Expertenanhörung im Wirtschaftsausschuss zu diesem Themenkreis stattfinden wird. Danach werden wir dazu mehr wissen.

Lieber Kollege von Brunn, Sie haben noch eine ganze Reihe von Dingen angeführt, die ich hier im Einzelnen nicht alle ansprechen kann. Das hat, wie ich schon sagte, zeitliche Gründe.

(Florian von Brunn (SPD): Zeit wäre genug da!)

Aber lassen Sie mich eines noch anführen. – Ich habe nicht genügend Zeit, weil noch mehrere Dringlichkeitsanträge kommen; das sollte Ihnen mittlerweile auch klar sein. – Sie tun immer so, wie wenn der Ausstoß von Treibhausgasen, von CO₂, nur bei uns ansteigen würde. Es ist in Deutschland insgesamt nicht gelungen, den Anstieg zu stoppen; das ist so.

(Florian von Brunn (SPD): In Deutschland ist es gelungen, in Bayern ist der Ausstoß gestiegen!)

Das ist die Realität. Der Ausstoß steigt weiter an.

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt doch gar nicht!)

Die Realität ist aber auch – das bitte ich Sie auch einmal zur Kenntnis zu nehmen –, dass wir im Durchschnitt in Bayern weiter sind als im Bundesdurchschnitt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Jetzt lassen Sie mich halt erst einmal ausreden, Herr von Brunn; Sie waren ja vorhin schon dran. Nicht immer dazwischenquatschen, sondern immer nur reden, wenn man hier steht! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir in Bayern weiter sind, weil bei uns die Emission pro Person im Durchschnitt heute schon um ein Viertel niedriger liegt als im Bundesdurchschnitt. Wir sind also hier weiter und haben im Ergebnis eine bessere Klimabilanz als der Durchschnitt vorzuweisen.

Kolleginnen und Kollegen, insgesamt würde ich uns dringend empfehlen, dass wir diese vielen Fragen – die SPD hat ja alles aufgelistet, was ihr zum Thema Energiewende und zum Thema Verkehrswende eingefallen ist, und das auf eineinhalb Seiten, es sind immerhin 19 Punkte –, dass wir diese vielen Punkte

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Alexander König (CSU): – nein – in den Ausschüssen in der gebotenen Tiefe und Breite miteinander diskutieren und dass wir zur Kenntnis nehmen, dass es nicht möglich ist, in fünf oder acht Minuten bei der Beratung eines Dringlichkeitsantrags alle 19 Vorschläge der SPD zur Energiewende und zur Verkehrswende, die ihr einfallen, zu besprechen.

Wir setzen unseren Weg und die von uns getragene Bayerische Staatsregierung setzt ihren Weg konsequent fort, die Herausforderungen des Klimawandels mit geeigneten Maßnahmen anzugehen und gleichzeitig Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sicherzustellen. Das ist unser verantwortungsvoller Weg. Wenn das nicht gelingen würde, wären Sie die Ersten – gerade was Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit angeht –, die uns an die Wand stellen würden. Deswegen: Gehen wir diesen verantwortungsvollen Weg Schritt für Schritt, und lassen wir uns auch durch Dringlichkeitsanträge von Ihnen nicht verunsichern!

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Es folgt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten von Brunn. Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege König, Sie müssen sich vielleicht noch mal informieren; ich würde es Ihnen nur empfehlen: Seit 2005 gab es in Bayern keine Reduktion von CO₂, von Treibhausgasen mehr. Seit 2005 stagniert die Reduktion. Sie haben recht: Bayern hat natürlich einen niedrigeren Ausstoß pro Kopf. Das liegt daran, dass Bayern die Alpen hat und damit viel Wasserkraft nutzen kann und daran, dass Bayern nicht mit dem Nachteil, dass es Braunkohlevorkommen hätte, umzugehen hat. Das muss man einfach dazu sagen. Aber seit 2005 haben Sie eine Reduktion einfach nicht mehr geschafft.

Und was Sie gesagt haben, ist einfach falsch: Tatsächlich sind die Treibhausgasemissionen im Bund zuletzt zurückgegangen und in Bayern zuletzt gestiegen. Wir warten mit Spannung auf die Zahlen von 2017, die die Staatsregierung bisher noch nicht vorgelegt hat. Aber vielleicht hören wir sie ja demnächst.

Alexander König (CSU): Herr von Brunn, auch jetzt haben Sie nichts Neues gesagt. Entschuldigung, wenn ich das in der Deutlichkeit sage.

(Florian von Brunn (SPD): Ich habe Sie korrigiert!)

Ich habe es überhaupt nicht bestritten, dass bei uns die Emissionen angestiegen sind; das habe ich mitnichten getan. Sie sind bundesweit angestiegen, sie sind bei uns angestiegen. Und Sie haben richtigerweise hinzugefügt, dass wir pro Person eine wesentlich günstigere Bilanz haben, nämlich eine um rund ein Viertel günstigere Bilanz als der Bundesdurchschnitt. Das kann sich durchaus sehen lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kohlekommission hat in ihrem Kohlekompromiss einen Ausstieg Deutschlands aus der Kohlekraft bis zum Jahr 2038 vorgesehen. Dieser Kohlekompromiss liegt nicht im Interesse des Freistaats Bayern. Er sieht 40 Milliarden Euro an Strukturhilfen vor, von denen das Bundesland Bayern nicht profitieren wird. 40 Milliarden Euro an Strukturhilfen sollen den Verlust von Arbeitsplätzen kompensieren. Wenn wir uns anschauen, wie viele Arbeitsplätze es in den Kohlekraftwerken noch gibt, stellen wir fest, dass es gerade einmal 20.000 sind. Sie können alle rechnen. Wir sprechen von 2 Millionen Euro Strukturhilfen pro Beschäftigtem. Meine Damen und Herren, das ist absoluter Irrsinn. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Freistaat Bayern als Atomstandort für den gesetzlichen Ausstieg aus der Atomenergie eine ähnliche Kompensation erhalten hätte.

(Beifall bei der FDP)

Der Ministerpräsident hat in einem Interview im "Münchner Merkur" erklärt, dieser Ausstieg gehe nicht schnell genug. Man solle das Ganze auf 2030 vorziehen. Meine Damen und Herren, jetzt möchte ich eines klarstellen: Ich bin alles andere als ein Freund der Kohlekraft. Wir als FDP hängen nicht an der Kohle. Wir würden uns wünschen, möglichst schnell aus dieser sehr umweltschädlichen und klimaschädlichen Form der Energieerzeugung auszusteigen. Aber ein gesetzlich erzwungener Ausstieg aus der Kohle nützt nicht dem Klima, sondern ausschließlich den Energiekonzernen, die wir für das vorzeitige Abschalten ihrer Kraftwerke entschädigen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Tatsächlich dürfen wir davon ausgehen, dass sich die Kohlekraft schon weit vor dem Jahr 2038 nicht mehr rentieren wird. Sie wird nicht mehr konkurrenzfähig sein. Der Grund dafür lautet: ETS. Der Europäische Emissionshandel deckt die Gesamtmenge

an CO₂, die in Europa emittiert werden darf. Diese Gesamtmenge wird jährlich reduziert, ab dem kommenden Jahr um 2,2 % pro Jahr. Das ist ein marktwirtschaftliches Prinzip. Wenn das Angebot sinkt, steigt der Preis bei gleichbleibender Nachfrage. Das heißt, der Preis für CO₂ wird in den kommenden Jahren steigen. Man geht davon aus, dass etwa um das Jahr 2030 herum der Preis so hoch sein wird, dass die Kohlekraft gegenüber erneuerbaren Energien und der Gaskraft zumindest keinen Wettbewerbsvorteil mehr haben wird. Die Kohlekraft wird schon vor dem Jahr 2038 nicht mehr konkurrenzfähig sein.

Wenn wir zusätzlich zu dem Mechanismus des ETS nationale Klimaschutzmaßnahmen ergreifen wie einen gesetzlichen Kohleausstieg, führt das nicht dazu, dass wir zusätzliches CO₂ einsparen. Das führt nur dazu, dass Emissionszertifikate nicht in Anspruch genommen werden und dann im Ausland günstig aufgekauft werden können. Für jedes Kohlekraftwerk, das wir hier abschalten, kann ein Kohlekraftwerk in Polen oder anderswo günstiger Strom produzieren. Das heißt, dass wir dafür sorgen werden, dass Kohlekraft länger konkurrenzfähig bleibt anstatt kürzer. Meine Damen und Herren, das ist kontraproduktiv.

Anstatt immer wieder frühere Ausstiegsdaten der Kohlekraft in die Welt zu setzen, sollten wir konsequent und ambitioniert eine europäische Klimapolitik vorantreiben. Wir sollten auf europäischer Ebene noch ambitioniertere Klimaziele formulieren. Wir sollten jährlich noch mehr als 2,2 % der Zertifikate aus dem Markt herausnehmen, damit wir noch früher europaweit die CO₂-Neutralität schaffen. Wir sollten vor allem weitere Sektoren einbeziehen. Neben der Energiewirtschaft wäre das auch der Verkehr.

Meine Damen und Herren, es ist völlig egal, in welchem Sektor wir CO₂ einsparen. Es ist auch völlig egal, in welchem Land wir CO₂ einsparen. Dem Klima ist es wurscht. Das Denken in Sektoren und in nationalen Alleingängen nützt dem Klima nichts. Das ist Schaufensterpolitik. Für Schaufensterpolitik ist das Thema Klimaschutz zu schade.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Energiewende ist aktuell eine der größten ökologischen, ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Wir haben längst die Zeichen der Zeit erkannt und die Weichen entsprechend gestellt. Der Atomausstieg ist beschlossen, ebenso das Abschalten der Kohlekraftwerke. Nun – das haben wir schon öfter gehört – hat unser Ministerpräsident ein weiteres mutiges Signal gesetzt. Der Kohleausstieg soll bereits im Jahr 2030 realisiert und in ein innovatives neues Energiekonzept integriert werden. Aus unserer Sicht kann ein vorgezogenes Austrittsdatum durchaus unterstützt werden, sofern die Versorgungssicherheit gewährleistet ist und notwendige Begleitmaßnahmen des Bundes ebenfalls schnell umgesetzt werden. Eines gleich vorweg: Vorzeitige Stilllegungen im Jahr 2019, wie es die GRÜNEN fordern, wären nur vertretbar, wenn sich die Auswahl der stillzulegenden Kraftwerke an der Netzsituation orientiert und süddeutsche Kohlekraftwerke davon nicht betroffen sind. Ich glaube, da gibt es als Alternative ausgediente Kraftwerke im Norden, die man auslaufen lassen könnte.

Zur Situation in Bayern: Wir arbeiten vehement und konsequent daran, den Koalitionsvertrag konzeptionell umzusetzen. Regenerative und erneuerbare Energien sollen in Bayern bis zum Jahr 2025 70 % des benötigten Stroms liefern. Dazu brauchen wir einen Schub für erneuerbare Energien. Wir brauchen einen verlässlichen und nachhaltigen Energiemix, der auch unseren Verpflichtungen zum Klimaschutz nachkommt. Ein Leuchtturmthema ist dabei der Ausbau der Photovoltaik. An dieser Stelle haben wir mit der Erweiterung der Flächenkulisse schon klare Akzente gesetzt. Statt bisher dreißig werden künftig siebenzig dieser Projekte gefördert. Das ist mehr als die geforderte Verdoppelung. Das ist schlaglichtartig in der Kürze der Zeit der Status quo betreffend die weiteren Technologien.

Der Ausbau der Windkraft muss wieder in den Fokus gerückt werden. Das ist richtig. Eine sofortige Abschaffung der 10-H-Regelung lehnen wir jedoch strikt ab. Der Ausbau der Windenergie sollte nur im Einklang mit dem Schutz von Natur und Landwirtschaft sowie im Konsens mit den Bürgern erfolgen. Gleichzeitig stärkt die 10-H-Regelung auch die kommunale Bauleitplanung.

Meine Damen und Herren, ein immenses Potenzial bietet auch die Geothermie, die Nutzung von Erdwärme. Zukunftsweisend wird deshalb gerade dort ein Masterplan erarbeitet, ein ganzheitliches Konzept für eine optimierte Nutzung unserer Geothermie-Ressourcen für die Wärmewende. Des Weiteren setzen wir auf regionale Gaskraftwerke. Sie sind für uns der Schutzschirm für Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Wir stehen auch weiterhin zum Betrieb der circa 2.500 bestehenden Biogasanlagen. Darüber hinaus sind wir bestrebt, die Kraft-Wärme-Kopplung massiv auszubauen. Stromerzeugung und Abwärmenutzung bilden eine effiziente Symbiose. Bayern hat sich massiv und erfolgreich beim Bund dafür eingesetzt. Namentlich hat sich unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger für die Einführung eines Kapazitätsbonus eingebracht. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir sind die Drehscheibe unseres künftigen Energiesystems.

Schließlich gilt es noch, die Sektorenkopplung zu gewährleisten, um auch grünen Strom für Wärme und Verkehr nutzbar zu machen. Last but not least sei noch erwähnt, dass die dezentrale Energiewende auch durch die Unterstützung unserer Regionalen Energieagenturen – die gibt es bereits – und den Aufbau einer leistungsstarken Landesagentur für Energie und Klimaschutz zielführend erreicht wird.

Meine Damen und Herren, dieser kurze Abriss findet sich wieder in den ausführlichen Ergebnissen der vier Arbeitsgruppen, welche beim Energiegipfel in Bayern ins Leben gerufen worden sind. Daran erkennen Sie, dass wir uns nicht im Dornröschenschlaf befinden, sondern bereits in der Finalisierung. Daran arbeiten gerade viele Expertengruppen und Gesellschaften gemeinsam. Hören wir uns doch erst einmal das Ergebnis an, bevor wir überhastet immer wieder neue politische Forderungen in den Raum

stellen. Ansonsten sabotieren wir einen großartigen und pluralistischen Prozess, der angestoßen worden ist. Das wollen wir garantiert nicht. Deshalb sollten wir in der richtigen Reihenfolge vorgehen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Anträge der GRÜNEN, der SPD und der AfD ab. Unser Ziel heißt: Bayern als die Heimat der Energieversorgung etablieren. Wir sind auf dem richtigen Weg. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Ich darf zuerst den Abgeordneten Bergmüller von der AfD-Fraktion aufrufen. – Herr Ludwig, bleiben Sie bitte am Rednerpult! Herr Abgeordneter Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Kollege Ludwig, mich würde interessieren, wie Sie als neuer Regierungspartner die Energielücke von 30 %, die in dem bayerischen Energiekonzept 2022 nach wie vor vorhanden ist, schließen wollen.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Ich denke, ich habe die Frage in meinen Ausführungen beantwortet. Wir setzen massiv auf einen Energiemix, auf die erneuerbaren Energien. Bei den Details lassen wir uns überraschen, welches Ergebnis der Energiegipfel letztendlich bringt. Ich glaube, danach sollten wir dieses Thema diskutieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch dieses Defizit durch den massiven und gezielten Einsatz unserer erneuerbaren Energien ausgleichen können.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Herr Abgeordneter Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Ludwig, ich hätte nur eine kurze Frage. Sie loben den geplanten Ausbau der Freiflächen-Photovoltaikanlagen als "Leuchtturm". Da möchte ich fragen, warum Sie und der Kollege Eibl, der gleich danach sprechen wird, im Februar einen gleichlautenden Antrag von unserer Fraktion abgelehnt haben, wo es genau darum ging, die Kontingente für Freiflächen-Photovol-

taikanlagen auf sechzig Anlagen zu verdoppeln. Warum haben Sie das damals abgelehnt? Jetzt auf einmal loben Sie es als "Leuchtturm". Können wir also in Zukunft davon ausgehen, dass Sie immer so schnell lernfähig sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Stümpfig, ich habe auf diese Frage gewartet. Die stellen Sie hier im Plenum nicht zum ersten Mal, sondern die haben Sie schon mal gestellt. Ich kann Ihnen heute wieder nur die gleiche Antwort geben: Sie dürfen unsere damalige Entscheidung – es war in einem Ausschuss – nicht aus dem Zusammenhang reißen. Da ging es um ein ganz anderes, komplexeres Thema. Aus diesem Grund haben wir den Antrag damals gezielt und individuell speziell auf dieses Anliegen bezogen abgelehnt. Aber hier geht es um die Grundsatzentscheidung. Jetzt stehen wir in dieser Form dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Herr Kollege Stümpfig, Sie warten zwar auf die Rede des Kollegen Eibl, aber ich muss Ihnen leider mitteilen: Er hat zurückgezogen. Ihr macht es partnerschaftlich zwischen euch aus. Deshalb darf ich jetzt für die Bayerische Staatsregierung Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger aufrufen.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei heißen Temperaturen draußen eine Diskussion über die Zukunft der Energiepolitik in Bayern – das ist genau das richtige Thema. Ich danke den Antragstellern dafür, dass wir dieses Thema immer wieder beleuchten, von allen Seiten betrachten und am Ende zu sinnvollen – das hoffe ich – Gesamtentscheidungen kommen. Sie sehen die ideologische Spannbreite zwischen "Weiter mit Kohle und Atom" und "Wer vom Klimawandel redet, ist ein Träumer" bis hin zu der Aussage, die "Sofort raus aus der Kohle" lautet. Die FREIEN WÄHLER stehen immer schon für die vernünftige Mitte. Ich glaube, das ist der richtige Platz, um

dieses gesellschaftspolitisch heikle Thema hier konsensfähig über die Bühne zu bekommen.

Ausgangspunkt der Kohlepolitik war der Kohlekompromiss, bei dem sich von der Großindustrie bis zur Umweltszene alle auf das Ausstiegsdatum 2038 geeinigt hatten. Ich bin der Überzeugung: Das war eine sehr wichtige und eine sehr richtige Entscheidung, um die totale Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden, die wir noch aus Zeiten der Atomdiskussionen kennen, wo die einen verlängern und die anderen sofort aussteigen wollten. Jetzt hat sich im Prinzip der Großteil der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Akteure auf diesen Korridor geeinigt mit der Maßgabe, dass regelmäßig in Zwischenschritten geschaut wird, wie sich die Gesamtsituation entwickelt, und dann spätestens 2038 aus der Kohle ausgestiegen wird, um für die Industrie und für die Investoren den Pfad zu beschreiben.

Wenn wir feststellen, wir sind schneller, wir sind besser, es geht eher, dann ist jedes vorgezogene Datum umso wünschenswerter, weil wir sehen, dass gerade beim Braunkohleabbau Heimatland weggebaggert wird und uralte Dörfer verschwinden, um nach wenigen Wochen die Kohle schon durch den Schornstein gejagt zu haben und den Strom am Ende vielleicht noch irgendwohin verschenkt zu haben, weil wir ihn momentan nicht brauchten. Auf der anderen Seite sehen wir die große Sorge bei der Industrie und der Wirtschaft, ob die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Beides müssen wir im Auge behalten.

Wir können natürlich eine Politik nur machen nach dem Motto "Ich wasche mir die Hände in Unschuld, ich fahre die Versorgungssicherheit runter" oder "Ich verunsichere die Investoren, und die gehen dann nach China oder sonst wohin". Meine Damen und Herren, die Investoren stürmen nicht Kohlelager und machen nicht die großen Proteste, sondern die verabschieden sich still und heimlich. Das merken Sie gar nicht. Da werden Investitionen in anderen Teilen dieser Welt hochgezogen und bei uns wird abgebaut, teilweise öffentlich bemerkt, teilweise unbemerkt. Am Ende stellen wir fest: Hoppla, wir setzen Beschäftigte frei, wir verlieren Arbeitsplätze.

Noch stimmt die Konjunktur, noch sind wir ganz gut unterwegs. Aber es ist eine Abkühlung spürbar. Wie gesagt: Die großen Investoren machen heutzutage nicht mehr die großen politischen Aufschläge, sondern die gehen dann mal. Dann kann man sagen: Jawohl, wir haben den Ausstieg geschafft, aber wir haben dann am Ende vielleicht auch den Ausstieg aus der Industriegesellschaft geschafft. Das wollen wir gerade nicht, weil wir den Wohlstand erhalten wollen.

Jetzt geht es darum, den Wohlstand zu erhalten und gleichzeitig die Umwelt zu erhalten. Beides ist möglich, wenn man vernünftig vorgeht. Dann muss man sehr differenziert und sehr gezielt handeln. Dann muss man beim Ausstieg aus der Kohle gezielt erst die Kraftwerke vom Netz nehmen, die alte Technik haben und in Gebieten sind, wo man die Versorgung in dieser hohen Dichte gar nicht braucht, weil keine Industrie vorhanden ist. Man muss sie dort schonen – im Süden zum Beispiel –, wo wir Lücken hätten, wenn geschlossen wird. Jetzt könnten wir sagen, wir drängen darauf, dass wir in Bayern alles plattmachen. Wir haben eh nicht viel Kohle. – Dann ist nicht viel gewonnen, wenn die anderen weitermachen. Hier muss man mit Vernunft rangehen, modernste Technik einfordern und alle Facetten der Energiepolitik durchdeklinieren, was wir in Bayern tun können und was wir von Bayern aus anstoßen können.

Hier haben wir mittlerweile fast im Monatsrhythmus Entscheidungen in der Koalition, wo wir vorwärtskommen und mit dieser Freiflächenphotovoltaik gemeinsam einen Riesensprung gemacht haben, der auch gesellschaftlich bis dato akzeptiert wird. Wenn wir hier aber völlig durch die Decke gingen, würde es auch hier Widerstände geben aus dem Bereich Landwirtschaft und aus den Bereichen des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes, die dann sagen würden, ich will nicht nur noch PV sehen. Wir bekommen teilweise auch kritische Meldungen. Aber der Ausbau, den wir jetzt vorhaben, ist von einem Großteil der Bevölkerung akzeptiert.

Ich habe gerade heute wieder einen Vermerk freigegeben, dass wir jetzt ein PV-Speicherprogramm auflegen. Das werden wir noch im Sommer dieses Jahres in der Öffentlichkeit vorstellen und zur Anwendung bringen. Das heißt, wer sich einen Speicher

in den Keller stellt und PV aufs Dach und eventuell noch die Anschlussbuchse für das Elektromobil dazu schafft, der bekommt ein paar Tausend Euro Förderung. Wir können das natürlich nicht voll bezahlen, aber wir können einen Anreiz geben, sodass der Privatmann oder die Privatfrau sagt: Jawohl, ich leiste mir das. Ich investiere hier 15.000 Euro oder 20.000 Euro und kann dann mein Elektroauto selber auftanken und meinen Strom selber erzeugen. – Das sind dezentrale Modelle, deren Zahl in Kürze in die Zehntausende gehen muss. Sehr viele Bürger müssen sich hier beteiligen, sodass die Einstiegshürde für den Einzelnen zu bewältigen ist. Anstatt nur ideologische Debatten zu führen, wollen wir pragmatische, machbare Schritte. Das haben wir mit der PV-Freifläche bewiesen. Das haben wir mit dem PV-Speicherprogramm bewiesen.

Das werden wir auch im Bereich der Windenergie beweisen. Das Thema befindet sich momentan in der Evaluierung. Auch hier sind wir nicht die Extremisten, die sagen "Windenergie ohne Rücksicht auf Verluste", oder die anderen Extremisten, die "Überhaupt kein Windrad" sagen, sondern wir sind diejenigen, die hier in der Mitte sind und sagen, für uns ist die Akzeptanz in der Bevölkerung vor Ort schon noch ein Maßstab. Die Akzeptanz vor Ort können Sie nicht vom Tisch wischen. Ich appelliere noch mal an großstädtische Kreise, die sich hier sehr leicht tun und sagen "10 H muss weg!".

(Alexander König (CSU): Das stimmt, ja!)

Reden Sie mit den Leuten in Oberfranken, die sagen, wir haben schon genug vor der Haustür. Wir tun unsere Schuldigkeit. Wir kriegen jetzt eventuell noch die Stromtrassen durch unser Land gelegt, nur damit wir die Metropolen versorgen; dabei haben wir für uns schon mehr als 100 % Versorgung. Tut doch ihr auch was. – Und dann ist da der Appell, auch in den Städten mehr Photovoltaik auf die Dächer zu tun.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Nein, am Ende bitte. – Also auch der Appell an die Städte, mehr auf die Dächer zu tun, sich

für die Energiewende einzusetzen und nicht nur Forderungen aufzustellen, die die Landbevölkerung auszuhalten hat. Am Ende ist ein Tourismusstandort vielleicht nicht mehr so schön, wie er vorher war. Auch das müssen wir in der Gesamtschau berücksichtigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sehen trotzdem die Notwendigkeit, in der Windenergie wieder ein bisschen Fahrt aufzunehmen, mehr als jetzt. Jetzt stehen wir; aktuell wird nichts mehr genehmigt. Einen Null-Ausbau können wir uns aber auf Dauer nicht leisten. Ich gebe Herrn Stümpfig recht: Es ist schon beeindruckend, wenn ein Windrad heutiger Bauart für 8.000 bis 10.000 Einwohner Strom liefert. Sie haben das eine Kleinstadt genannt. Ein Windrad für 8.000 bis 10.000 Einwohner, und dort stinkt nichts, da muss man nichts hinfahren, und da muss man auch nichts wegfahren. Das läuft quasi durch Gottes Hand automatisch.

(Beifall des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wenn es aber zu viele werden, dann gefallen sie einem nicht mehr. Auch hier gilt es, den richtigen Mittelweg zu finden und vorwärtszukommen.

Wir sehen auch bei der energetischen Nutzung von Holz riesige Potenziale. Deshalb haben wir hier ein Programm, nämlich das Programm BioKlima, zum Einbau von Pellet- und Hackschnitzelheizungen. Wir hatten bislang nur das Problem, dass die Preise für fossile Energie zwischendurch immer wieder niedrig waren, sodass die Hackschnitzelanlagen nicht mehr rentabel waren. Die Investoren haben dann gesagt: Das würde ich nicht mehr machen. – Wir hoffen, auch im Sinne unserer Waldbauern und im Sinne derer, die nicht mehr wissen, wohin mit dem Käferholz und dem Abraumholz, dass wir bei der energetischen Verwertung wieder deutlich vorwärtskommen. In der Breite der Bevölkerung muss sich das Bewusstsein festsetzen, dass Holz am Ende auch durch den Schornstein gehen darf, wenn es nebenher Energie erzeugt. Holz soll nicht nur stillgelegt werden und vor sich hin faulen. Auch da sind wir auf dem Weg.

Zusätzlich bringen wir das Thema Wasserstoff auf den Weg. Im Wasserstoff sehe ich den Schlüssel für die Energieprobleme der Zukunft schlechthin. Allerdings ist es bis heute ein Problem, dass die fossilen Brennstoffe zu billig sind, als dass Wasserstoff in großem Umfang an den Start gehen könnte. Trotzdem können und müssen wir mehr tun. In Deutschland haben wir derzeit 70 Wasserstofftankstellen, nur 14 davon sind in Bayern. Es ist mein Wunsch, dass wir in absehbarer Zeit in jedem bayerischen Landkreis eine Wasserstofftankstelle haben, damit derjenige, der sagt: "Okay, ich leiste mir ein Wasserstoffauto", zum Tanken nicht in den nächsten Regierungsbezirk fahren muss. Leider Gottes wird es die Wasserstoffautos wohl erst Mitte der 2020er-Jahre von deutschen Herstellern geben. Sie werden derzeit vor allem von den Asiaten für 70.000 bis 80.000 Euro hergestellt. Das kostet ein anderes Auto heute allerdings auch schon fast. Wer also sagt: "Jawohl, ich leiste mir das", der soll möglichst in jedem Landkreis eine Tankstelle finden. Eine Wasserstofftankstelle kostet 1,4 Millionen Euro. Sie wird allerdings zur Hälfte vom Bund und von Brüssel bezuschusst. Trotzdem ist das eine Summe, wo wir anpacken können, wo wir liefern müssen, um das Netz auszubauen.

Ausbauen müssen wir übrigens auch das Netz der Elektrotankstellen. An der Stelle sage ich jetzt auch ganz klar: Ich bin kein Glaubenskrieger. Ob die Batterie allein selig macht oder doch besser der Wasserstoff, das ist für mich keine Frage. Bei längeren Fahrten und bei schwereren Fahrzeugen ist eindeutig Wasserstoff zu bevorzugen, während der Kurzstreckenfahrer, der vielleicht die eigene Photovoltaikanlage auf dem Dach hat, wahrscheinlich mit dem Elektroauto besser bedient ist. Das eine sollte man also tun, ohne das andere zu lassen. Das wäre die richtige Devise. Bayern muss aber auf alle Fälle für den Wasserstoff mehr tun. Wir sind auch dabei, ein Konzept zu stricken. Um mehr Tankstellen zu bekommen, wollen wir alle Akteure an einen Tisch holen, von der Industrie über die Autohersteller bis hin zu den Brennstoffzellenbetreibern, die Brennstoffzellen für den Hausgebrauch anbieten. Das alles muss jetzt koordiniert und gezielt gefördert werden.

Bei vielen energiepolitischen Themen sehen wir allerdings auch, dass der Bund liefern muss. Deshalb mein Appell an die SPD als Teil der Bundesregierung und an die GRÜNEN als Regierungspartner in vielen Bundesländern, wenn es um Themen des Bundesrates geht: Bitte, setzt euch auch dort dafür ein, dass die derzeit von Bayern im Bund eingeforderten Verbesserungen durchgesetzt werden, die da lauten: Verbesserung der Kraft-Wärme-Kopplung und Planungssicherheit zu den jetzigen oder sogar zu verbesserten Bedingungen mindestens bis 2030 garantieren und nicht nur bis zum Jahr 2024.

Wir brauchen auch bessere Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke im Süden. Diese Kraftwerke brauchen wir, um die Netzstabilität zu garantieren. Von Herrn Kollegen Bergmüller, von dieser Seite des Hauses, kam die Frage: Wo sind denn die Lücken abzudecken? – Es wurde von einem Rückgang von 30 % gesprochen. Hintergrund der Frage waren, glaube ich, die abgeschalteten Kernkraftwerke. – Es wird natürlich ein Mix aus erneuerbaren Energien und aus Gaskraft sein. Wir brauchen aber die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Bitte setzt die in Berlin im Bundesrat und in der Bundesregierung gemeinsam durch! Da ist Rot-Grün an vielen Stellen an den entscheidenden Hebeln. Setzt euch dafür ein, damit die Bedingungen für Bayern verbessert werden. Ich bin wöchentlich in Kontakt mit den Berliner Energieverantwortlichen. Diese Bretter müssen wir dort bohren, um vorwärtszukommen.

Ich glaube, damit habe ich in etwa umrissen, wo Bayern heute steht. Der Freistaat will einen gezielten Ausbau all dessen, was bei uns möglich ist. Ich könnte von der Wasserkraft bis zur Geothermie den Vortrag noch vervollständigen, aber das waren jetzt die großen Baustellen. Bei der Photovoltaik sind wir dran. Die Windkraft muss etwas verbessert werden. Bei der Gaskraft brauchen wir zum Teil bessere Rahmenbedingungen vom Bund, die sind aber eingefordert und teilweise auch schon zugesagt. Ich glaube, wir sind ganz gut unterwegs. Wenn dann noch als Ergänzung eine Wasserstoffstrategie oben draufgesetzt wird und die langjährige Forderung Bayerns erfüllt wird, in der energetischen Gebäudesanierung voranzukommen, dann sind wir auf

einem guten Weg. Letzteres ist ebenfalls Berliner Politik. Seit Jahren wird sie versprochen, aber nicht geliefert. Bitte bringt andere Rahmenbedingungen, steuerliche Anreize, damit die Häuser energetisch saniert werden. Wir wollen nicht nur Energie erzeugen, die bei schlecht gedämmten Häusern zum Fenster hinaus geheizt wird. Es muss Politik aus einem Guss sein. Dann sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg.

Ich freue mich, wenn wir diese Debatte zeitnah fortsetzen können und ich dann von einem neuen Programm berichten kann, das wir in der Staatsregierung auf den Weg gebracht haben. Wir sind auf dem richtigen Weg und versuchen, einen breiten Konsens zu erzielen. Wir versuchen, die Leute von der Umweltseite bis hin zur Großindustrie mitzunehmen. Wir wollen die Energiepolitik nicht zur Polarisierung und zur Spaltung der Gesellschaft nutzen, sondern wir wollen alle mitnehmen. Das tun wir. – Danke für die Debatte. Hoffen wir, dass wir das gemeinsam hinbekommen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Minister Aiwanger, jetzt muss ich doch noch etwas zur Windkraft sagen. Sie haben hier so präsidial den Eindruck erweckt, dass Sie am Konsens interessiert sind. Damals, als Ministerpräsident Seehofer die Windkraftregelung 10 H eingeführt hat, haben Sie von einem "Kurzschluss" gesprochen. Sie haben noch vor fünf Jahren in einer Pressemitteilung davon gesprochen, dass die 10-H-Regelung den Windkraftaufbau zum Stillstand bringe, dass es sich um einen vergifteten Apfel für die Kommunen handle und dass die Staatsregierung jetzt ihre Hände in Unschuld wäsche. Ihr Kollege Glauber hat davon gesprochen, dass eine Anti-Windkraft-Politik den Windkraftaufbau zum Stillstand bringe. – Man kann also den Eindruck gewinnen, Sie sind als niederbayerischer Tiger gestartet und als Kätzchen in der Bayerischen Staatsregierung gelandet.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was sind denn jetzt Ihre konkreten Pläne für den Windkraftausbau in Bayern? – Sie haben irgendetwas angedeutet, wie wir wieder dazu kommen könnten, dass in Bayern tatsächlich wieder neue Windkraftträder gebaut werden können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Erstens hat sich die SPD vom Tiger zum Eichkätzchen entwickelt, nicht die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens stimmen meine Voraussagen von damals. Die Windenergie ist völlig zum Erliegen gekommen. Genau daran, die Windenergie wieder zum Laufen zu bringen, arbeiten wir jetzt, aber nicht durch eine völlige Abschaffung der 10-H-Regelung. Das hätte nämlich den Angstschweiß auf der Stirn der Bürgermeister zur Folge. Die können nämlich nur hoffen, dass im Rahmen der Privilegierung bei ihnen keine Windkraftanlage beantragt wird, weil die dann nicht mehr verhindert werden kann, und dann haben sie die Bürgerinitiativen auf dem Plan. Wir suchen in Abstimmung mit den Kommunen, mit den regionalen Planungsverbänden eine Lösung,

(Florian von Brunn (SPD): Ein vergifteter Apfel!)

die die derzeitige Null-Situation aufweicht, aber trotzdem noch eine Steuerungsmöglichkeit der Kommunen und der Regionalplaner aufweist mit dem Ziel, einen Ausbau im Konsens hinzubekommen und nicht einen Ausbau, der nur von Investoren diktiert wird, wobei die Kommunen dem Ganzen wehrlos zuschauen müssen und die Bürger auf die Barrikaden gehen und sich keiner mehr zu helfen weiß, also den richtigen Mittelweg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Herr Kollege Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Staatsminister Aiwanger, Sie sagen, Sie wollen das etwas aufweichen. Wir haben das Riesenproblem, dass sich momentan bayernweit eigentlich kein Bürgermeister mehr klar zur Windkraft bekennen will. Wir brauchen hier aus München von der Staatsregierung ein klares Signal, dass wir die Windkraft als wichtige Stütze brauchen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann nur jemand sagen, der nicht in kommunaler Verantwortung ist!)

Jetzt zu sagen, Sie wollen das aufweichen, ist viel zu wenig. Wir hatten letztes Jahr, vorletztes Jahr gerade mal acht Genehmigungsanträge. Ich habe lange Zeit in einer Genehmigungsbehörde gearbeitet. Wir brauchen im Schnitt drei, vier Jahre für eine Planung. Das heißt, wenn wir jetzt keinerlei Anträge mehr haben, dann werden in den Jahren 20, 21, 22, 23 keinerlei Windkraftanlagen mehr errichtet, weil 10 H alles gestoppt hat.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das verhindert doch nichts!)

Das heißt, wir müssen 10 H umgehend streichen, anstatt zu warten und noch einmal viel Zeit zu vertun. Also: 10 H bitte jetzt sofort weg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das ist genau der Punkt, den ich vorher angesprochen habe. Sie haben gerade gesagt, dass kein Bürgermeister das will. Sie fordern von uns quasi, dass wir hier eine Politik gegen alle Bürgermeister durchsetzen

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

nach dem Motto: Wir sitzen hier im Elfenbeinturm München, und was die Bauern-Bürgermeister draußen sagen, interessiert uns nicht, die haben unser Windrad zu akzeptieren, damit unsere Ökobilanz passt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE):
Was macht die Staatsregierung?)

Das ist natürlich eine Politik mit der Axt durch den Wald, aber genau die wollen wir nicht. Ich habe Veranstaltungen miterlebt in den Gemeinden, wo Bürgerinitiativen massiv mobilisieren und auf die Barrikaden gehen und die Bürgermeister kurz vor dem Rücktritt stehen und weder ein noch aus wissen und persönlich bedroht werden und Steine durchs Fenster fliegen.

(Unruhe)

Deswegen müssen wir das im Konsens hinbekommen. Das ist mein Angebot auch an Sie, den Weg mitzugehen und gute Vorschläge zu machen.

(Alexander König (CSU): Die machen keine Vorschläge!)

Aber Sie sagen einfach eiskalt: Abschaffen, dann ist der Fall erledigt!

(Thomas Gehring (GRÜNE): Du bist nicht mehr in der Opposition!)

So einfach geht es nicht. Wir müssen uns die Dinge genau ansehen und werden Wege finden,

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wie lange noch?)

um im Konsens mit der Bevölkerung die Windenergie wieder zum Laufen zu bringen, aber nicht nach dem Motto "Friss oder stirb!".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2593 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk und die AfD. Wer enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2596 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2617 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Fraktionen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich der Stimme? – Eine Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Verehrte Damen und Herren, ich komme zur Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "JA zu Vater und Mutter – NEIN zu Elternteil 1 und 2", Drucksache 18/2592. Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 149 Abgeordnete, Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)